Gegründet 1877 — Gegründet 1877

Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen"

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konkursen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. | Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Mona. Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewa. triebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postscheck-Konto Stuttgart 5. Tegr.-Adr.: „Tannenblatt" / Telef. 11

Nummer 17 | Altensteig, Donnerstag den 22. Januar 1931 | 54. Jahrgang

Deutsche Beschwerde gegen Polen

Rede des Reichsaußenministers über die Behandlung der Deutschen durch die Polen

Genf, 21. Jan. Im Völkerbundsrat haben in öffentlicher Sitzung die Verhandlungen über die deutschen Beschwerden bezüglich der Terrorakte während der Wahlzeit in Polnisch-Oberschlesien begonnen. Pünktlich um 10.30 Uhr erschien Dr. **Curtius** im Saale. Etwa zehn Minuten später folgte **Zaleski,** begleitet von einem Stabe von polnischen Beamten. Der Vorsitzende **Henderson** eröffnete darauf die Sitzung und erteilte dem deutschen Außenminister das Wort.

Dr. Curtius klagt an

Die deutsche Regierung war sich der Tragweite ihres Schrittes bewußt, als sie zum erstenmal von sich aus **den Rat zum Schutze einer Minderheit anrief.** Wenn sie nicht die Beschwerde der Minderheit abgewartet hat, so lag der Grund in der überragenden Bedeutung und dem besonderen Charakter der Vorkommnisse, die sich im November vorigen Jahren in **Oberschlesien** und auch in **Posen** und **Pommerellen** abgespielt haben. So oft auch in der Vergangenheit die deutsche Minderheit durch Unterdrückung und Gewaltaten gelitten hat, alles wurde doch **übertroffen durch das Maß der Leiden, die die deutsche Bevölkerung in Polen während der Wahlen über sich hat ergehen lassen müssen.** Das Gesamtbild der Geschehnisse ließ deutlich erkennen, daß die Kräfte, die hinter dem Wahlterror standen, offenbar glaubten, jetzt eine entscheidende politische Schwächung des Deutschtums herbeiführen zu können. **Ich dringe mit allem Nachdruck darauf, daß der Völkerbundsrat ohne Rücksicht auf das Land, das die Sache aufgenommen hat, gemäß seinen Garantiepflichten für die Durchführung der Minderheitenrechte sorgt. Die deutsche Regierung hatte nicht erwartet, schon acht Wochen nach den feierlichen Erklärungen in diesem Saale über die wirksamste Garantie des Minderheitenschutzes sich zu einem so außergewöhnlichen Schritte entschließen und die Aufmerksamkeit des Völkerbundsrates auf Dinge richten zu müssen, die in krassem Gegensatz zu den von der Gesamtheit der Völkerbundsmächte niedergelegten Grundsätzen stehen.** Es ist zu befürchten, daß, wenn es dem Völkerbundsrate nicht gelingt, ähnlichen Vorkommnissen in der Zukunft vorzubeugen und für die Vergangenheit **volle Sühne für das Geschehene zu schaffen, das Vertrauen der Minderheiten zum Völkerbund als dem Hort ihrer Rechte unwiderbringlich verloren gehen wird.** Der traurige Katalog der Gewalttaten der Minderheitenbeschwerde zeigt, daß **von der körperlichen Bedrohung bis zu der Zerstörung von Eigentum und jeder Art von moralischem Zwange jedes Mittel angewandt worden ist, um die Deutschen ihrer politischen Rechte in Polen zu berauben.** Die hauptsächlichsten Fälle dieser Gewalttaten sind durch die ganze deutsche und zum Teil durch die internationale Presse gegangen und von ausländischen Berichterstattern an Ort und Stelle bestätigt worden. Der Minister erinnert an den Terror von Hohenbirken, an die Mißhandlungen des 60jährigen Landwirts Greizle in Ober-Wilcza und des Redakteurs Hunold-Fohrau, sowie an die Terrorisierung der deutschen Bevölkerung in **Golassowitz,** wobei er hinzufügte, wenn die dort hervorgerufene Erregung der Bevölkerung bedauerlicherweise zu dem Tode eines unbeteiligten polnischen Polizisten geführt habe, so sei inzwischen durch das Gericht festgestellt worden, daß der Polizist nicht, wie behauptet war, durch Deutsche, sondern **durch Angehörige der Mehrheit erstochen worden ist.** Fast in allen Fällen, so erklärte Dr. Curtius, habe die **polnische Polizei entweder die Ereignisse geschehen lassen oder sogar selbst gegen die Minderheit eingegriffen.** Letzten Endes werde das ja auch **von der polnischen Regierung selbst zugegeben dadurch, daß sie nicht weniger als 23 Strafverfahren und 17 Disziplinarverfahren eingeleitet hat.**

Was die Vorfälle in Oberschlesien zu einer Einheit verbindet, was ihnen ein ganz besonderes Gepräge gibt, ist, so fuhr Dr. Curtius fort **die Tatsache, daß sie von einem einheitlichen, geschlossenen Willen getragen waren, der sich gegen das Deutschtum als solches richtete.** Frappant ist die Tatsache, daß die Terroraktion sich wochenlang in aller **Oeffentlichkeit abspielen konnte, ohne daß der oberste polnische verantwortliche Beamte des Gebietes, der Wojwode, einschritt,** obwohl er mehrfach ebenso wie der Innenminister von der Minderheit um Einschreiten gebeten wurde. Der gleiche Vorwurf mangelnder Gewährung des jedem Staatsbürger zustehenden Schutzes trifft die anderen hohen und niedrigen Beamten. Besonders charakterisiert wird aber die ganze Schwere der Sachlage durch **die systematische Aktion gewisser Verbände.** Mit allem Ernst muß ich hierbei auf den **Aufständischenverband hinweisen.** Dieser Verband, der mit öffentlichen Mitteln unterstützt wird, ist eine halb militärische Organisation. Sie untersteht nach § 68 ihrer Satzungen in militärischen Angelegenheiten den Militärbehörden und stammt noch aus der Zeit der polnischen Aufstände in Oberschlesien. Sein militärischer Charakter ergibt sich daraus, daß er ständig Waffenübungen und Manöver abhält, daß seine Mitglieder die Befugnis haben, besondere Uniform zu tragen und einen Eid leisten müssen und dergleichen mehr.

Aus der Note der deutschen Regierung vom 27. November vorigen Jahres ergibt sich, daß man die Deutschen mit den verwerflichsten Mitteln verhindern wollte, ihre Führer ins polnische Parlament hineinzuwählen. Durch Terror, Verhinderung der Wahlpropaganda, sowie durch allerlei Schikanen wurde die Minderheit in ihrem wichtigsten politischen Recht beeinträchtigt. Uebrigens gibt die polnische Regierung selbst zu, daß gegen 5000 Streichungen vorgekommen sind. Es muß im allgemeinen erneut betont werden, daß bei der Ausstellung von Staatsangehörigkeitsausweisen zum Zwecke des Nachweises der Wahlberechtigung behördliche Schikanen in großer Zahl vorgekommen sind. Dr. Curtius wandte sich dann gegen die Gegenbemerkungen der polnischen Regierung, als ob die bei den Wahlen getroffenen Maßnahmen keinerlei Behinderung mit sich gebracht hätten. Der Minister, der dann ausführlich die **bewußte Verhinderung der geheimen Wahl** in Oberschlesien behandelte, sagte dann weiter: Der Rat darf sich auch nicht durch das Argument beeinflussen lassen, daß es der deutschen Minderheit nicht schlechter ergangen sei als anderen Gruppen der Opposition. Wenn sich die aufsehenerregenden Nachrichten, die über die in der **Ukraine** verübten Gewalttaten durch die internationale Presse gegangen sind, bestätigen, so wird sich der Rat auch mit diesen Dingen beschäftigen müssen.

Die deutsche Regierung hat, so fuhr Dr. Curtius fort, in einer dritten Note auch die **Wahlen in Posen und Pommerellen** zur Sprache gebracht, wo die Eingriffe in die freie Ausübung des Wahlrechts der Deutschen fast noch gravierender als in Oberschlesien sind. Der Minister erinnerte daran, daß im Wahlbezirk 29 vor den Wahlen zwölf in der Organisation führende Deutsche verhaftet und zum Teil wochenlang in Haft geblieben sind, daß im Wahlbezirk Rauden die gesamte deutsche Liste infolge willkürlicher Beanstandungen vollwertiger Unterschriften für ungültig erklärt wurde, was den Ausfall von etwa 30 000 Stimmen bewirkte, daß in demselben Wahlkreis die Wahlberechtigung von Tausenden von Minderheitsangehörigen mit der Begründung beanstandet wurde, sie besäßen nicht die polnische Staatsangehörigkeit, und daß endlich in der ganzen Wojwodschaft Pommerellen der deutschen Minderheit die Veranstaltung einer ordnungsmäßigen Wahlpropaganda unmöglich gemacht wurde.

Die polnische Regierung hat, so fuhr Dr. Curtius fort, in ihren Gegenbemerkungen darauf hinweisen zu können geglaubt, daß alle die traurigen Vorkommnisse in Oberschlesien, deren erheblichen Umfang sie nicht bestreitet, mehr oder weniger **auf deutsche Verantwortlichkeit zurückzuführen seien.** Sie spielt dabei sehr deutlich auf politische Bewegungen in Deutschland an, die gegen die Integrität des polnischen Staates gerichtet seien. **Aber Deutschland denkt nicht daran, seine Ziele mit anderen als vertraglichen Mitteln verwirklichen zu wollen.** Ebenso einig wie über die politischen Ziele selbst ist sich das ganze deutsche Volk über die unbedingte Innehaltung friedlicher Methoden.

Wenn der polnischen Regierung, so fuhr Dr. Curtius fort, daran liegt, **einen Vergleich zwischen der deutschen Minderheit in Polen und der polnischen Minderheit in Deutschland zu ziehen,** so kann mir dies nur erwünscht sein. Ich glaube, daß die völlig freiwillige, an keinerlei Verträge gebundene großzügige Minderheitenpolitik der preußischen Regierung, insbesondere auf dem Gebiete des Schulwesens, etwas anderes verdient, als wegen irgendwelcher Einzelvorkommnisse verdächtigt zu werden.

Die polnische Regierung, so erklärte Dr. Curtius zum Schluß, hat in ihrer Gegenbemerkung die Maßnahmen mitgeteilt, die sie wegen der Vorkommnisse in Oberschlesien getroffen hat. Der Rat wird zu prüfen haben, ob diese Zusicherungen als ausreichend anzusehen sind, um das geschehene Unrecht auch nur einigermaßen wieder gutzumachen. Dafür aber, daß diese **Wiedergutmachung auch praktisch durchgeführt wird, muß der Rat alle nach Lage der Sache denkbaren Garantien treffen.** Aber auch wenn so für die Vergangenheit Sühne geschaffen ist, darf der Völkerbundsrat es nicht dabei bewenden lassen. Wir haben auch dafür Vorsorge zu treffen, **daß ähnliche Vorkommnisse sich in Zukunft nicht wiederholen.** Ich habe vorhin dargelegt, worin die schwerste Gefahr für die Minderheit in Oberschlesien liegt, nämlich in der Aktivität **des militärisch organisierten Verbandes der Aufständischen,** der im engen Zusammengehen mit maßgebenden staatlichen Behörden steht und dessen Wirken eine ständige schwere Bedrohung der Minderheit darstellt. Der Völkerbundsrat wird sich mit dieser Organisation und ihren Beziehungen zu amtlichen Stellen eingehend befassen müssen. **Wenn nicht die schuldigen Beamten, ohne Ansehen der Person, rücksichtslos bestraft werden, wenn das System nicht geändert wird, und wenn nicht in der Verwaltung die personelle Gewähr für eine unparteiische Handhabung der Minderheitenschutzbestimmungen gegeben wird, wenn die ständige Bedrohung durch Verbände nicht beseitigt wird, deren Geist und Ziel zu den vom Völkerbund proklamierten Grundsätzen des Schutzes der Minderheiten in direktem Gegensatz steht, so besteht die Gefahr weiter, daß die Minderheiten immer wieder der Rechts- und Schutzlosigkeit ausgesetzt bleiben.**

Diesen Grundsätzen entsprechend wird der Völkerbundsrat seine Maßnahmen zu treffen haben.

Zaleskis Antwort

Der polnische Außenminister ging in seiner Erwiderung auf die Rede Dr. Curtius' zur allgemeinen Ueberraschung kaum auf die Ausführungen des deutschen Ratsmitgliedes ein, sondern **beschränkte sich auf die Verlesung einer vorher aufgesetzten Rede,** in der er auch nicht zu den [illegible] über Oberschlesien Stellung [illegible] tion des Deutschen Volksbun[illegible] vorgänge selbst eingehend, erk[illegible] daß Zwischenfälle der geschilder[illegible] seien auch Untersuchungen und [illegible] darüber eingeleitet. Zum Verständn[illegible] daß eine sehr heftige Wahlkampagn[illegible] habe. Sodann kam Zaleski auf den Bu[illegible] sprechen. Er erklärt, der Bund sei eine [illegible] tion, der man jedoch nicht immer die Schuld zuschieben könne. Die polnische Regeirung sei nicht verantwortlich für die Handlungen der Aufständischen. Er gebe zu, daß ein großer Teil der Vorfälle, die in der Beschwerde des Deutschen Volksbundes angeführt seien, tief bedauerlich seien. Die Uebeltäter würden verfolgt und gegen die schuldigen Beamten würden Disziplinarmaßnahmen ergriffen werden. **Zaleski gab zu, daß gewisse Bestimmungen der Minderheitenverträge verletzt worden seien, und daß die polnische Regierung deshalb die Forderungen des Deutschen Volksbundes grundsätzlich annehme.** Zaleski schloß mit der Erklärung, daß die polnische Regierung alles tun würde, um den Frieden und die Ruhe in Oberschlesien wiederherzustellen.

[illegible] der deutschen Regierung [illegible] sondern lediglich die Peti[illegible] [illegible]chtigte. Auf die Wahl[illegible] [illegible]eit, er bestreite nicht, [illegible] vorgekommen seien. Es [illegible] Gerichtsverfahren [illegible] berücksichtigen, [illegible] Aufgeständischen zu [illegible]dischen zu [illegible] Organisa[illegible] [illegible]ziehen könne.

Die Aufnahme der Curtiusrede

Genf, 21. Jan. Die Minderheitenrede Drs Curtius' war eine eindrucksvolle Kundgebung. Die Ratsmitglieder, Publikum und Presse folgten mit sichtlich großem Interesse den Ausführungen des deutschen Vertreters, der ruhig und beherrscht die Anklage gegen Polen vertrat. Auch der Präsident der Gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder, war anwesend. Sehr interessant zeigten sich insbesondere die Amerikaner, Engländer und Italiener. Zaleski hörte sich die Rede mit gespannter Aufmerksamkeit an. Hier und da wechselte er ein paar Worte mit seinen Mitarbeitern, die hinter ihm Platz genommen hatten und unter denen sich der Wojwode Czaczynski befand. Mit erhobener Stimme sprach Dr. Curtius von den besonders **verbrieften Rechten der Oberschlesier,** die grausam verletzt worden seien. Die Rede dauerte etwa dreiviertel Stunden. Es wurden dann zunächst die französische und englische Uebersetzung verlesen.

Curtius Antwort an Zaleski

Genf, 21. Jan. Reichsaußenminister Dr. **Curtius** wandte sich zu Beginn der Nachmittagssitzung **gegen die Erwiderung des polnischen Außenministers Zaleski** in der deutschen Vormittagssitzung. Der Rückgang der deutschen Stimmen in den einzelnen Gebieten sei nur durch die Terrorakte während der Wahlzeit zu erklären. Bis zum Mai 1930 hätten die deutschen Stimmen ständig zugenommen und seien dann mit einem Male zurückgegangen. **Der Völkerbund sei verpflichtet, dieses Verfahren zu untersuchen.** Ausländische Korrespondenten hätten die Lage in Oberschlesien gesehen und seien zu erschreckenden Ergebnissen gelangt. Dr. Curtius verwies auf einen Artikel in der englischen Zeitung Observer, worin festgestellt wird, daß in Oberschlesien Verbrechen begangen worden sind. **Es seien Strafverfahren eingeleitet worden; damit könne sich aber die deutsche Regierung nicht begnügen. Wichtig sei es, die Zusammenhänge zwischen den Behörden, der Polizei und den Aufständischen näher aufzuklären und dieses müsse durch eine Untersuchung des Völkerbundsrates geschehen.** Der polnische Außenminister habe heute morgen den **Stahlhelm mit dem Aufständischenverband verglichen.** Der Stahlhelm sei keine Aufständischenorganisation, nicht militärisch organisiert und er begehe keine Gewalttaten gegen andere. Die Aufständischenorganisationen seien dagegen militärisch organisiert und hielten militärische Uebungen und Manöver ab. Dr. Curtius zitierte dann eine Reihe von Wahlaufrufen des Aufständischenverbandes als Beleg für dessen terroristische Haltung. **Der Aufständischenverband bedeute eine dauernde Bedrohung für das Leben der Bevölkerung.** Bezeichnend für die Rolle des **Wojwoden Graczynski** sei eine Rede, die er am 17. November 1928 gehalten habe und aus der klar hervorgehe, **daß Graczynski das geistige Haupt der Aufständischenorganisation sei.** Dr. Curtius erwähnte dann verschiedene Beispiele, um zu zeigen, wie gerade der Wojwode Graczynski wirtschaftliche Druckmittel in seiner Entdeutschungsmethode benutze. **Er weise es mit Empörung zurück, daß der polnische Außenminister den Wojwoden Graczynski mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg in einem Atemzuge genannt habe. Es sei verwerflich, Graczynski mit Hindenburg zu vergleichen, dessen Verantwortungsgefühl und Gerechtigkeitssinn allgemein bekannt sei. Es sei eine gute Gepflogenheit in den parlamentarischen Ländern, das Staatsoberhaupt nicht in die Debatte zu ziehen und er möchte wünschen, daß diese Gepflogenheit auch im Völkerbund gelte.**

Was die von Zaleski angegebenen Zahlen über die polnischen **Minderheitenschulen** in Deutschland angehe, so seien allerdings 61 Schulen der polnischen Minderheit in Deutschland vorhanden. Von diesen würden aber nur 28 benutzt; 23 stünden leer, weil die Eltern es vorziehen, ihre Kinder in die deutschen Schulen zu schicken. **Die Vorfälle über die die deutsche Regierung und der Deutsche Volksbund Beschwerde führten, seien nur ein Glied in der langen Kette der Entdeutschung. Seit 1919 seien dreiviertel Millionen Deutsche aus Polen verdrängt worden. Alle möglichen Methoden seien für diese Entdeutschung angewendet worden. Der Minister verzichte darauf, jetzt im einzeln darauf einzugehen.**

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

In den Schlußfolgerungen übergehend erklärte Dr. Curtius, er habe mit Genugtuung festgestellt, daß der polnische Außenminister eine Verletzung der Bestimmungen 75 und 83 der Genfer Konvention zugegeben habe, daß eine Reihe von Verfahren eingeleitet sei und daß beabsichtigt sei, Schadenersatz und Sühne zu leisten. Aber das genüge nicht. Es müsse auch für die Zukunft gesorgt werden, daß solche Dinge sich nicht wiederholen. An der Frage der Ausländischenorganisation und ihrem Zusammenhang mit den Behörden könne man nicht vorübergehen. Der Völkerbundsrat müsse zu diesen Dingen Stellung nehmen, den er sei der Hort der Minderheiten.

In einer kurzen Entgegnung meinte Zaleski, die deutschen Minderheiten hätten ja die Möglichkeit, sich an den Obersten polnischen Gerichtshof zu wenden, wenn sie glaubten, daß ihnen während der Wahl Unrecht geschehen sei. Als Beweis für die angeblich minderheitenfeindliche Haltung der deutschen Behörden führte Zaleski eine Entscheidung des Breslauer Verwaltungsgerichtshofes vom 4. Oktober 1923 an, worin dem „Schulverein für Niederschlesien" die Errichtung von polnischen Minderheitenschulen untersagt worden sei. Zaleski mußte sich allerdings durch einen Zwischenruf von Dr. Curtius bestätigen lassen, daß diese Entscheidung von der nächsthöheren Verwaltungsstelle sofort aufgehoben worden ist.

Nach den Ausführungen Zaleski vertagte sich der Völkerbundsrat auf morgen vormittag 11 Uhr.

Abschluß der Europakonferenz

Genf, 21. Januar. Die zweite Europakonferenz hat heute ihre Arbeiten vollendet. Die nächste Tagung findet im Mai statt.

Für die heutige Schlußsitzung hatten die Außenminister von Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Italien einen Vorschlag eingebracht, den Briand der Konferenz mit dem Hinweis vorlegte, es handele sich dabei um ein „Europäisches Manifest".

Der Vorschlag, der einstimmig angenommen wurde, lautet: „Wir haben in den letzten Tagen mehrfach die Probleme geprüft und besprochen, die sich unseren Regierungen stellten, und wir sind uns dabei klar geworden, daß eines der Hindernisse für den wirtschaftlichen Wiederaufbau in dem Mangel an Vertrauen in die Zukunft und in der Unruhe liegen, die über die politische Lage herrscht. Diese Unruhe ist vermehrt worden durch verschiedene von unverantwortlichen Kreisen verbreiteten Gerüchten über die Möglichkeiten eines Weltkrieges.

Wir erkennen an, daß augenblicklich in Europa politische Schwierigkeiten bestehen und daß sie noch durch die Unbeständigkeit und die wirtschaftliche Notlage, die sich aus der allgemeinen Krise ergibt, vermehrt worden sind.

Das beste, was wir zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage tun können, ist, keinen Zweifel an dem Bestand des Friedens in Europa aufkommen zu lassen. In unserer Eigenschaft als Außenminister oder verantwortliche Vertreter der europäischen Staaten erklären wir, daß wir mehr denn je entschlossen sind, uns des Mittels des Völkerbundes zu bedienen, um jede Anwendung von Gewalt zu verhindern."

Nach einem kurzen Dankeswort von Motta und Henderson und Briand und einem Dank Briands an Henderson, erklärte der französische Außenminister die zweite Europakonferenz für geschlossen.

Revision des Youngplanes

Deutsch-französische Verhandlungen über Zahlungserleichterungen

Genf, 21. Januar. Wie man in hiesigen französischen Delegationskreisen erfährt, haben in den letzten Tagen zwischen dem deutschen Botschafter Herrn von Hoesch und maßgebenden Beamten des französischen Außenamtes Verhandlungen technischer Natur über die Möglichkeit einer Revision des Youngplanes stattgefunden. Wie mitgeteilt wird, handelt es sich nicht um die Erklärung eines Zahlungsaufschubs für Deutschland, sondern um die Anwendung einer im Youngplan enthaltenen Revisions-Klausel, die davon handelt, daß im Fall einer besonderen Notlage an Deutschland Zahlungserleichterungen gewährt werden können. Die Verhandlungen dürften sich noch einige Tage hinziehen und möglicherweise in der ersten Hälfte des laufenden Jahres zu einem Ergebnis führen. Reichsbankpräsident Dr. Luther ist an diesen Vorbesprechungen beteiligt.

Ferner erfahren wir von französischer Seite, daß es sich für den Augenblick nicht um die Begebung einer französischen Anleihe an Deutschland handelt, sondern um die Umwandlung der Deutschland von französischer Seite gegebenen kurzfristigen Kredite in langfristige. Auch hier ist Dr. Luther um die Regelung der Angelegenheit zwischen deutschen und französischen Bankenkonzernen bemüht.

Zum Unglück an der Benediktenwand

München, 21. Jan. Die 7 bei dem Lawinenunglück auf der Benediktenwand verschütteten und ums Leben gekommenen Landespolizisten wurden bereits nach Lenggries geschafft. Sie werden von hier voraussichtlich nach **München** gebracht, **wo die Beisetzung stattfinden soll.** Bei dem schwerverletzten Landespolizisten, der sich noch immer auf der Probstalm befindet, handelt es sich um den Wachtmeister Mösle von der Landespolizei München.

*

Die starken Schneefälle im Hochgebirge haben zu zahlreichen Lawinenstürzen geführt. Wie aus **Innsbruck** gemeldet wird, sind seit Sonntag abend zwei holländische Skifahrer, Rink und Polack, beide aus dem Haag, von einer Skitour im Arlberggebiet nicht mehr zurückgekehrt. Es ist anzunehmen, daß die beiden unter der Lawine den Tod gefunden haben.

*

Wie aus Garmisch berichtet wird, ist am Kreuzeck der Starnberger Skifahrer Bauer unter eine Lawine geraten und dort erstickt.

Neues vom Tage

Dr. Brüning fährt nach Chemnitz und Köln

Berlin, 21. Jan. Wie wir erfahren, wird Reichskanzler Dr. Brüning am 23. Januar nach Chemnitz fahren. Er wird dort bei einer Veranstaltung der sächsischen Industriellen sprechen. Für den 24. ist eine Reise nach Köln vorgesehen, wo der Reichskanzler am 25. vor den christlichen Gewerkschaften eine Rede halten wird. Am Nachmittag des gleichen Tages wird er in Düren sein.

Reichskanzler Brüning beim Reichspräsidenten

Berlin, 21. Jan. Der Herr Reichspräsident empfing heute Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag.

Keine weitere Kürzung der Beamtengehälter

Berlin, 21. Jan. Die immer wieder in verschiedenen Blättern auftauchenden Meldungen über eine Erhöhung der Beamtenbezüge auf 10 Prozent des Gehaltes werden von zuständiger Stelle erneut als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet.

Das Schächtverbotgesetz in Thüringen angenommen

Weimar, 21. Jan. Der Gesetzgebungsausschuß des thüringischen Landtages nahm das Schächtverbotgesetz in zweiter Lesung an. Dafür stimmten die Nationalsozialisten, der Landbund und der Vertreter der Wirtschaftspartei, der Stimme enthielten sich die Deutsche Volkspartei, die Sozialdemokraten und die Kommunisten, so daß also gegen das Gesetz niemand stimmte.

Der Film „1914"

Berlin, 20. Jan. Richard Oswald's „Gegen die Kriegsschuldlüge" gerichteter Film „1914", Die letzten Tage vor dem Weltbrand, ist heute nachmittag im Tauentzienpalast zum ersten Male vorgeführt worden. Das geladene Publikum folgte ihm mit lebhafter Spannung und spendete am Schluß anhaltenden Beifall. Der Film, der aufzeigt, wie die Völker Europas in den Weltkrieg „hineingestolpert" sind, beginnt mit der Mordtat von Serajewo und endet mit der Ermordung Jaures. Er spielt, abgesehen von dem Schauplatz des Verbrechens am 28. Mai, in den Hauptstädten Berlin, Petersburg, Wien, Paris, London und Belgrad, hat aber seinen Schwerpunkt durchaus in den Petersburger Szenen, in denen der Widerstand des Zaren und seine schließliche Ueberwindung durch Sassonows unehrliche Politik und durch den Kriegswillen des Großfürsten Nikolai, des Generalstabchefs, eingehend und wirksam dargestellt wird.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 22. Januar 1931.

Amtliches. Der Herr Staatspräsident hat den Bezirksnotar Brehm in Wildbad seinem Ansuchen gemäß in den Ruhestand versetzt.

Der Herr Staatspräsident hat eine Studienratstelle an der Realschule in Wildbad dem Studienrat Dr. Klemm an dem Realgymnasium und der Oberrealschule in Biberach unter Beförderung in Besoldungsgruppe 4a übertragen.

Versammlung des Bauern- u. Weingärtnerbundes

Die öffentliche Versammlung des Württ. Bauern- und Weingärtnerbundes, die auf den gestrigen Markttag in den „Grünen Baum" in Altensteig einberufen wurde und bei welcher der Landtagsabg. Theodor Körner alt sprechen sollte, konnte mit einiger Verspätung bei vollbesetztem Saal eröffnet werden. Der Bezirksvorsitzende des Bundes, Landwirt Dürr-Sulz begrüßte die Versammlung und entschuldigte das Ausbleiben Körners, der an Grippe erkrankt ist und deshalb nicht kommen konnte. Für ihn sprang der Landtagsabg. Mutschler-Crailsheim ein, der die herzlichsten Grüße von Th. Körner alt übermittelte und zugleich auch diejenigen des Reichstagsabg. Dingler-Calw, der durch eine Kommissionssitzung des Landtags am Erscheinen verhindert war. Landtagsabg. Mutschler sprach dann über das vorgesehene Thema „Wichtige politische und wirtschaftliche Zeitfragen". Er wies in seiner Einleitung darauf hin, wie nicht nur die Landwirtschaft, sondern die ganze Wirtschaft leidet, was besonders aus der großen Arbeitslosenziffer hervorgehe. Die Ursachen rühren teils von der Weltwirtschaftskrise überhaupt, hauptsächlich aber von den Tributlasten, die nun im Youngplan verankert worden sind, her. Der Redner führte aus, daß seine Partei einen ehrlichen Kampf gegen den Youngplan geführt habe, aber die Masse habe sich betören lassen und sei der Regierung gefolgt. Die Annahme desselben bedinge eine Mehrarbeitsleistung und Einschränkung in der Lebenshaltung. Man habe ja aber keine Arbeit, so daß ersteres nicht in Frage kommen könne, sondern nur die Einschränkung der Lebenshaltung, die notwendig sei. Wenn man unsere gesamten Leute arbeiten lassen könnte, könnte man den Tribut zu einem Teil vielleicht abtragen. Der Redner wies dann auf die Nachteile der Einfuhr von Lebensmitteln und Kapital hin und auf die Lasten der Sozialgesetzgebung, die vom Einzelnen z. B. in der Invalidenversicherung große Beträge erfordern, welche sich kolossal summieren. Die Summen würden aber schnell verbraucht und wenn es in diesem Tempo weitergehe, so sei die Invalidenversicherungskasse in einem halben Jahr ausgeschöpft und den Versicherten keine Gewähr mehr für eine Fürsorge im Alter gegeben. Aus unserem kapitalistischen sei ein sozialdemokratischer marxistischer Staat geworden. Es habe sich ein ungesundes System herausgebildet, so bei dem Aufbau der Konsumvereine usw. Auch die schematische Eingruppierung der Beamtengehälter sei ein Fehler. Die Gehälter müssen weiter abgebaut werden. Es reiche nirgends mehr aus. So müssen deshalb die Gemeinden Kostgänger des Staates sein. Auch bei den Ländern sei es so; wenn es nicht reiche, müsse das Reich herhalten. Die Wirtschaft sei zu Tode gesteuert worden. Für die Zukunft müsse der soziale Staat auf andere Bahnen gestellt werden. Die Gemeinden kommen so nicht mehr durch und selbst das Land Württemberg, das seither wegen seiner guten finanziellen Lage gerühmt worden sei, weise nun ein großes Defizit

Märtyrer der Liebe

Roman von J. Schneider-Förstl

Nachdruck verboten.

10. Fortsetzung.

„Gib mir deine Hand," bat sie matt.

Er erhob sich nicht.

„So wie dich hab' ich noch keinen geliebt."

Sie sog mühsam Atem ein, während er hohnvoll auflachte.

„Du weißt, wie ich dich liebe," sagte sie gedemütigt.

„Laß die Komödie," warf er grob dazwischen. „Wenn du dich wohl genug fühlst, dann kannst du dich aufsetzen."

Sie gehorchte und versuchte sich aufzurichten. Er sah, wie sie sich verfärbte.

„Bleib liegen!" befahl er.

Ihre Augen bettelten ihn an. Er wollte sie nicht verstehen.

„Sag' mir ein liebes Wort, Georg! — Ein einziges nur!"

„Ich weiß keines!"

„Keines mehr von all den Koseworten aus der Kinderzeit?"

„Nein!" stieß er hervor. — „Für dich nicht!"

„Nur noch für die kleine Merken?" Ihre Augen weiteten sich forschend in unverhüllter Qual.

„Ja!"

Ein leiser, zischender Ton entschlüpfte ihren Zähnen.

„Ihr paßt nicht zusammen. Du, der Riese, und sie, so voll zartem Schmelz wie eine Eintagsblume. Nur zum Ansehen, nichts für Männerhände. Die sind zu roh."

„Schweig," schrie er sie an.

„Sie wird nicht lange dein sein! Du wirst sie bald zu den Toten zählen müssen."

„Was geht dich mein und meines Weibes Leben an?" donnerte er.

Er fühlte kalten Schweiß auf seiner Stirn. Elisabeths Gesichtchen hatte ihn angesehen. Starr und blaß! Seine Hände fielen herab und hingen ohne Bewegung. Nella Renkell sah, wie seine Brust arbeitete. Ein Wimmern kam aus seinem Mund:

„Du hast mein ganzes Leben verpfuscht," stöhnte er. „Du bist schuld an allem! Meine Jugend hast du zerschlagen! Belogen hast du mich, betrogen! Ich habe das Glauben verlernt und das Hoffen, und meine Liebe zu Elisabeth ist besudelt durch dich. Schlecht hast du mich gemacht durch deine Liebe! Es wäre besser gewesen, ich hätte dich damals vollends erwürgt!"

Sie glitt vor ihm in die Knie. Ihre Hände tasteten an seiner Brust herauf. Ihr Kopf wühlte sich an seine Schulter und suchte Platz an seinem Herzen.

„Ich komme mit dir, wenn du es haben willst! Die Wege, die du gehst, will ich dir nachbetteln! Ich will alles für dich dulden!"

Sein Körper bog sich zusammen in schüttelnder Erregung.

„Ja, tu's noch ganz! Halb hast du mich schon zugrunde gerichtet!" sagte er lallend.

„Wir wollen uns in einen Winkel verkriechen!" sprach sie hastend auf ihn ein. Nur du und ich. Niemand soll uns finden! Alles will ich dir sein!"

„Schweig!"

Sie reckte sich an ihm empor und krallte die Hände an seinem Rocke fest.

Ein Zucken durchrann seinen Leib. Sie sah auf. Beide Hände vor das Gesicht gedrückt, weinte er leise.

„Georg!" wimmerte sie erschüttert.

Mit beiden Händen zog sie seinen Kopf herab und bedeckte sein Haar mit Küssen. Er schüttelte sie ab und sah mit abwesenden Augen über sie hinweg.

„Steh auf!"

Mit steifen Knien erhob sie sich.

„Bring mir Wasser!"

Sie ging nach dem Teetisch in der Ecke und goß Wasser in ein hochgeschliffenes Glas. Das brachte sie ihm.

Er goß aus einem Fläschchen, das er seiner Rocktasche entnommen hatte, einen Großteil davon hinein.

„Trink!" sagte er barsch.

Sie griff danach, zog aber in unbestimmter Furcht die Hand wieder zurück.

„Hast du Furcht vor Gift?" frug er mit offener Ironie. „Menschen wie du sind immer feige, wenn es auf das Letzte ankommt," spottete er und wollte ihr das Glas an den Mund zwingen.

Sie wich zurück.

Er lachte auf. Ehe sie es hindern konnte, hatte er das Wasser bis auf den letzten Tropfen geleert.

Der Schrei, den sie ausstoßen wollte, erstarb in einem hilflosen Ton, denn seine Hand lag über ihren Mund gedrückt.

„Du weckst das ganze Haus," zürnte er.

Sie glitt an ihm herab wie eine Wahnsinnige.

„Ich hab' es nicht gewollt! Ich hab' es nicht gewollt."

Er machte sich los und knöpfte den Mantel zu, den er noch nicht abgelegt hatte. Als er nach dem Hut griff, schwankte er.

Da schrie sie gellend auf. „Einen Arzt! Man soll einen Arzt holen!"

Er schob sie beiseite.

„Mache keinen Lärm!" schalt er zornig.

Taumelnden Schrittes ging er die Terassenstufen hinab.

Sie folgte ihm und schrak zurück, als an dem Parktor ein Mann auftauchte. Ein Kraftwagen stand weiter die Straße zurück. Beide Scheinwerfer brannten.

„Du kommst spät," ließ sich Hilberts Stimme hören.

„Warum hast du mir kein Signal gegeben?"

„Ich tat es zweimal!"

„Ich habe nichts gehört. — Fahr du, Hans Jörg! Ich bin müde!"

„Ja!"

„Georg!" flüsterte eine Stimme neben ihm.

„Sie werden sich verkühlen, gnädige Frau!" sagte er mit einem abwesenden Lächeln. „Hans Jörg, wir können fahren! Meinen Handkuß, Gnädigste!"

Nella Renkell stand noch gegen die Parkmauer gedrückt, als die Lichter längst die Straße hinaufgesprungen waren.

Ohne Mantel und Kopfbedeckung jagte sie dem Wagen nach.

Hilbertt fuhr ein sehr mäßiges Tempo. Einmal war er überhaupt nicht für Schnellfahren und dann war auch die Sommernacht so verlockend, daß er die harzgeschwängerte Luft des Hochwaldes noch gerne einige Minuten länger genoß. Als sie am Ludwigstaler Herrensitz vorüberglitten, wandte er sich nach Reichmann um, ihn fragend, ob er seiner Braut einen Gutenachtgruß bringen wolle. Es kam keine Antwort.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

auf. Man müsse deshalb bedeutende Abstriche machen; neue Steuern dürfe es nicht geben. Den Abgeordneten dürfe man nun nicht mehr den Vorwurf machen, sie hätten zuviel, nachdem ihre Bezüge herabgesetzt seien und auch die Minister haben freiwillig auf 20 Prozent ihrer Bezüge verzichtet. Wenn man aber glaube, daß man so nun durchkomme, so sei dies falsch. Der Abzug von 6 Prozent für Beamte sei zu gering und man müsse sich wundern, daß diese gegen die geringen Abzüge Sturm gelaufen seien. Es würden noch ganz andere Abstriche kommen müssen. Zur Landwirtschaft kommend, betonte der Redner, daß die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch eine übergroße Einfuhr gedrückt würden. Dazu komme die hohe Erzeugung des Reiches. So seien z. B. bei der letzten Zählung 3,3 Millionen mehr Schweine gezählt worden als im Jahr zuvor und es sei begreiflich, daß man diese Mengen in Deutschland nicht unterbringe, ohne daß sie auf den Preis drücken. Es sei notwendig geworden, Schweine auszuführen; wenn diese Ausfuhr nicht ermöglicht worden wäre, dann sollte man erst die Schweinepreise sehen. Auch bezüglich des Roggens habe man eine so große Ueberproduktion, daß man nicht wisse, wohin damit. Auf Minister Schiele seien Angriffe gemacht worden, die nicht gerechtfertigt seien. Man habe ihm sogar sehr viel zu verdanken. In letzter Zeit sei allerdings die Landwirtschaft gegenüber Brüning mißtrauisch geworden, dadurch, daß er der Sozialdemokratie so großes Entgegenkommen zeige. Schiele sei nicht mehr so durchgedrungen im Kabinett Brüning. Auch das Zentrum arbeite wieder mehr mit der Sozialdemokratie zusammen. Zentrum und Sozialdemokratie habe verhindert, daß die Nationalsozialisten in die Regierung kamen. Die Regierung habe keine Mehrheit mehr, deshalb arbeite sie mit den Notverordnungen. Hauptsächlich sei es notwendig, die Wirtschaft wieder kaufkräftig zu gestalten. Wenn bei uns in Württemberg die Verhältnisse im allgemeinen noch ordentlich seien, so treffe dies für Preußen nicht zu. Die Lage spitze sich dort immer mehr zu. Man habe nicht damit zu rechnen, daß man rosigen Zeiten entgegengehe. Er sehe sogar sehr schwarz. Die Hauptsache sei, daß das Volk nicht zu den Extremen gehe. Durch eine Revolution werde es nicht besser. Vor allem sei Ordnung notwendig. Wenn es aber gelte, sei es notwendig, zusammenzustehen und seine Pflicht zu tun! Reicher Beifall belohnte den Redner, dem der Vorsitzende für seine trefflichen Ausführungen Dank sagte. In der nun folgenden Diskussion dankte auch Steeb (Nationalsoz.) dem Redner für seine sachlichen Ausführungen, machte aber dem Bauernbund den Vorwurf, daß er den Dawesplan angenommen habe und betonte, daß die Nat.-Soz. einen weit höheren Gehaltsabbau verlangt haben, allerdings bei den höheren Beamten; den niederen müsse man das, was sie zum Leben nötig haben, lassen. Im übrigen betonte er, müsse man einig sein, gegen das Judentum und die Weltbörse. Sowohl Landtagsabg. Mutschler als auch Bauernanwalt Glaser und Landwirt Dürr nahmen dann Stellung zu der Nationalsoz. Partei. Ihre Ausführungen gipfelten darin, daß der Bauernbund in der Außenpolitik mit den Nationalsozialisten einig gehe, nicht aber in der Innenpolitik, die unklar sei. Dem nationalsozialistischen Redner gaben sie den Rat, die Nationalsozialisten möchten doch ihre Agitation bei der landwirtschaftlichen Jugend unterlassen, die ohnedies national gesinnt sei und sich an andere Kreise wenden. Im übrigen verlief die Diskussion sachlich und leidenschaftslos, so daß der Vorsitzende die Versammlung bald schließen konnte mit dem Dank an die Versammlungsbesucher für ihr Erscheinen.

Bericht über die Gemeinderatssitzung am 16. Januar 1931

Anwesend:

Der Vorsitzende, Bürgermeister Pfizenmaier und 13 Stadträte

Abwesend: Stadtrat Hennefarth

Die Dienstanweisung für die Beamten und Angestellten der Städt. Sparkasse ist überholt und erneuerungsbedürftig. Diese wird deshalb aufgehoben. An deren Stelle tritt eine neue Dienstanweisung, welche vom Sparkassen- und Giroverband als Muster herausgegeben und vom Gemeinderat mit einigen kleineren Aenderungen übernommen wurde. — Der Gemeinderat nimmt von einem Erlaß der Zentralstelle für die Landwirtschaft Kenntnis, wonach infolge Aufhebung des Vermessungsamts für Feldbereinigung in Wildberg auf 1. Januar 1931, anstelle von Landmesser Sprandel, der Vorstand des Vermessungsamts für Feldbereinigung in Herrenberg, Vermessungsrat Götz, zum Feldmesser der Vollzugskommission bestellt wurde. — Der hiesige Hausfrauenverein hat der Ortsfürsorgekasse zur Verwendung für Ortsarme 40 RM. überwiesen. Sie werden mit Dank angenommen und bei der Verteilung der Konfirmandenkleidergelder mitverwendet werden. — Das Bürgermeisteramt sah sich infolge der Zunahme der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen gezwungen, das Stadtbauamt und die städtische Forstverwaltung anzuweisen, mit den laufenden städtischen Taglohnarbeiten (nicht Holzhauerarbeiten) nicht mehr solche Personen zu beschäftigen, deren notdürftigster Unterhalt durch Rente und dergl. gesichert ist, sondern nur noch solche, die auf Unterstützung durch die Ortsfürsorgekasse angewiesen wären. — Nachdem am 12. und 13. Januar die beiden Termine zur Versteigerung des städt. Bauplatzes samt dem städtischen Backhaus am Wilhelmsplatz abgehalten wurden, fand heute mit dem Bieter, Apotheker Schiler hier, eine weitere Kaufsverhandlung statt. Apotheker Schiler kaufte den Platz samt Gebäude, welches abzubrechen ist, um den Preis von 6000 RM. und übernahm dabei die Verpflichtung zur Ueberbauung des Platzes innerhalb zwei Jahren mit einem Gebäude, welches sich in das dortige Stadtbild gut einfügt. Der städtische Brunnen auf dem Bauplatz wird auf Kosten der Stadtgemeinde versetzt und zwar auf den gegenüberliegenden städtischen Platz an der Poststraße bei der daselbst befindlichen Plakatsäule. — Die durch das Ableben der Barbara Schaible, Heizers Witwe, bedingte Wiedervermietung der freigewordenen städtischen Wohnung im früheren Gasthaus zur „Blume" wird noch zurückgestellt, damit zutreffendenfalls mit der Familie des Ernst Wochele, Bäckers", welche das städtische Backhaus zu räumen hat, ein Tausch vorgenommen werden kann. — Schneidermeister Steeb bedient die Unfallmeldestelle in der Polizeiwache insolange als Schutzmann Schaible, welcher durch Unfall am Dienst behindert ist, wieder die Bedienung aufnehmen kann. — Stadttierarzt Dr. Schneider hat seine Wohnung im Elektrizitätswerk gekündigt, da er eine andere Wohnung mietete. — Der Vorsitzende führt aus, er habe die Gemeindeumlage pro 1930 bis jetzt nicht fertigen lassen, weil es durch den Einspruch des Oberamts gegen den Haushaltsplan immer noch nicht sicher gewesen sei, ob der Gemeindeumlagesatz von 20 Prozent nicht noch geändert werde. Nachdem aber nach der neuen Notverordnung auch das Oberamt an dem Gemeindeumlagesatz nichts mehr ändern könne, werde die Steuerumlage mit aller Beschleunigung gefertigt werden. — Ueber den etwa dreiwöchigen Urlaub von Stadtbaumeister Henßler wurde dessen Sohn, Paul Henßler, zum Stellvertreter bestimmt.

•

Freudenstadt, 21. Januar. (Vom Gemeinderat.) Wohnungsbaudarlehen. Wie der Vorsitzende mitteilt, ist mit höchstens 40 000 RM. Wohnungsbaudarlehen zu rechnen. Einer der Baulustigen hat im vorigen Jahr seinen geplanten Wohnhausneubau, für den ihm die Wohnungskreditanstalt ein Darlehen von 5500 RM. verwilligt hatte, nicht ausgeführt. Statt daß nun das Darlehen einem anderen hiesigen Baulustigen zugewiesen worden wäre, hat die Wohnungskreditanstalt den Betrag zurückgezogen. Um weiteren derartigen Schädigungen des hiesigen Baugewerbes vorzubeugen, muß bei künftigen Baudarlehensgesuchen die Verpflichtung übernommen werden, daß der Bau unter allen Umständen zur Durchführung gelangt. — Verkauf von städtischen Wohngebäuden und Plätzen. Wie der Vorsitzende mitteilt, besteht begründete Aussicht, daß der aus drei Teilen bestehende Blumen-Neubau in Bälde Käufer findet. Auch für das untere Haus an der Stuttgarterstraße ist ein Kaufliebhaber vorhanden, doch macht die Unterbringung einer Familie, deren Wohnung auf 1. April geräumt werden müßte, beträchtliche Schwierigkeiten. Auch ist man von dem angebotenen Kaufpreis nicht gerade begeistert. Ein Ausschreiben oder ein öffentlicher Verkauf findet jedoch nicht statt, da nunmehr allgemein bekannt sein dürfte, daß die städtischen Häuser zum Verkauf gestellt sind. — Unterbringung des Arbeitsamts. Das Arbeitsamt Nagold, dessen Nebenstelle Freudenstadt im alten Knabenschulgebäude hinter der Kirche untergebracht werden soll, hat ursprünglich die Freimachung von drei im Parterre gelegenen Wohnungen verlangt, begnügt sich aber nun mit den Räumlichkeiten von zwei Wohnungen, für die ein Mietzins von 1200 RM. jährlich bezahlt wird. Die Umbaukosten werden auf 7000—8000 RM. veranschlagt. — Kurse für Arbeitslose. Das Arbeitsamt Nagold beabsichtigt, schon ab nächster Woche berufliche Bildungskurse für Arbeitslose unter 21 Jahren im Metallgewerbe, Holzgewerbe und Baugewerbe einzuführen. Voraussetzung dazu ist die Bereitstellung von zwei Unterrichtslokalen und eines Lehrerzimmers. Die Lehrkräfte für die Arbeitslosenkurse werden von der Ministerialabteilung für Fachschulen gestellt. An den Kosten beteiligt sich das Arbeitsamt mit der Hälfte, die Ministerialabteilung für Fachschulen und die Stadtgemeinde haben je ein Viertel der Personalkosten zu tragen. Die sachlichen Kosten werden zwischen Gemeinde und Arbeitsamt geteilt. Der Aufwand der Stadtgemeinde für den sechswöchigen Kurs dürfte sich auf 500—600 RM. belaufen. — Kabelverlegung. In diesem Frühjahr soll die Verlegung des Hochspannungsanschlußkabels für 15 KV. von der Anschlußstation Hauptbahnhof nach dem Elektrizitätswerk und dem Anschluß der Reichsbahn, sowie der Ziegelei Bacher mit einem Hochspannungsspeisekabel von 5 KV. mit einem Aufwand von 60 000 RM. zur Ausführung kommen. Die auf die Stadtgemeinde entfallenden Kosten betragen 30 000 RM., wovon laut Vertrag das OEW. 20 000 RM. ersetzt. — Die Kohlenlieferung für das städtische Gaswerk für 1931 wurde erstmals einer hiesigen Firma und zwar Herrn Friedrich Stock zur „Linde" übertragen. Ein nachträgliches Abgebot des seitherigen Lieferanten, des Industriekohlenvereins in Stuttgart, konnte nicht mehr berücksichtigt werden. — Gebrauchte Glühlampen. Beim Umbau von Gleichstromgebieten in Drehstrom muß die Stadtgemeinde zahlreiche Glühlampen in Tausch nehmen, die zum Preis von 10 Pfg. für eine Drahtlampe und um 25 Pfg. für eine gasgefüllte Birne wieder abgegeben werden. — Belohnung. In letzter Zeit kam es wiederholt vor, daß Glasscheiben an den Straßentransparenten der Stadt eingeworfen wurden. Um diesem Unfug wirksam zu begegnen, wird für die Ermittlung der Täter eine Belohnung von 20 RM. ausgesetzt. — Rektor Gukelberger-Stiftung. Der verstorbene Rektor der Volksschule Gukelberger hat eine Schülerstiftung hinterlassen, deren Zinsen vom Jahre 1935/36 ab jährlich zur Unterstützung bedürftiger Kinder bei Schulausflügen verwendet werden sollen. Damit wird Rektor Gukelberger dauernd in der Erinnerung seiner Schüler fortleben. — Ueberschreitung des Gemeindeumlagehöchstsatzes. Die Stadtgemeinde ist der Notwendigkeit, sich darüber zu äußern, wie sie den Umlageabmangel von 37 000 RM. decken will, dadurch enthoben, daß sie durch die Ueberweisung von Verwaltungszuschüssen der Reichsbahn in der Lage ist, den Abmangel zu decken. Im übrigen bewegen sich die Ausgaben der Stadtgemeinde in der Höhe des Etats.

Wildbad, 20. Januar. Bei einer am 8. Januar von der Stadt Wildbad vorgenommenen Brennholzversteigerung wurden für 490 Rm. tannenes und fichtenes Brennholz 1410 RM. erlöst, für den Rm. also durchschnittlich 2,89 RM. Die von der Stadt für 490 Rm. bezahlten Holzhauerlöhne betrugen 2250 M, wozu noch die für die Holzhauer geleisteten Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge kommen. Die Stadt erhält somit für ihr Holz nicht nur nichts, sondern verliert noch 840 RM. an den bezahlten Holzhauerlöhnen ohne Versicherungsbeiträge. Unter diesen Umständen sehen sich die waldbesitzenden Gemeinden schließlich gezwungen, ihre Holzfällungen ganz einzustellen, wodurch mehrere tausend Holzhauer arbeitslos werden. Die Folgen der ungehinderten Einfuhr großer Holzmengen aus Rußland, Polen, Slowakei und aus den nordischen Ländern treten hier klar zu Tage. Der deutsche Waldbesitz wird ruiniert, die Finanzlage der Länder und Städte noch weiter verschlechtert und die Arbeitslosigkeit durch eigenes Verschulden ins Ungeheuerliche gesteigert.

Schömberg, 21. Januar. Herr Direktor Keser konnte gestern auf eine 25jährige Tätigkeit als wirtschaftlicher Leiter der Neuen Heilanstalt zurückblicken. In dieser langen Zeit hat sich vieles ereignet, verändert und gestaltet, an dem Direktor Keser entscheidend mitgewirkt hat. Bei der internen Feier in der Neuen Heilanstalt wurde durch Ansprachen des Chefarztes Dr. Schröder und des Bürgermeisters Hermann der Jubilar noch beglückwünscht und dessen Verdienste um die Anstalt und die Gemeinde hervorgehoben und gewürdigt.

Rottenburg, 20. Januar. Gestern abend wollte ein junger Gefangener in dem Augenblick, als sich das Gefängnistor zum Einrücken vom Steinbruch öffnete, durchbrennen. Der Ausreißer sprang die Burgstraße hinunter über den Marktplatz und konnte in der Marktstraße aufgehalten werden, wo er von dem ihn verfolgenden Wachtmeister in Empfang genommen wurde, wonach er sich noch recht frech gegenüber den Personen zeigte, die ihn aufgehalten hatten.

Horb, 22. Januar. (Kleine Anfrage an das Staatsministerium.) Die Bildechinger Steige, im Volksmund die „Todessteige" genannt, sollte so rasch als möglich umgebaut werden, um die großen Gefahren für den Verkehr zu beseitigen. Die Stadtgemeinde hat das ihrige hiezu getan, indem sie das Roll'sche Anwesen erworben hat. Es liegt nun beim Staat, mit dem Straßenbau endlich zu beginnen. Da in der Stadt eine größere Zahl von Arbeitslosen vorhanden ist, so könnten diese Arbeitskräfte beim Straßenbau verwendet werden.

Stuttgart, 21. Jan. (Die Grippe geht um!) In Stuttgart gibt es fast keine Familie, in der nicht eines oder mehrere ihrer Mitglieder krank darniederliegen. In den Schulen fehlen in einzelnen Klassen bis zu 50 Prozent der Schüler. Die täglichen Neuzugänge bei den Ortskrankenkassen belaufen sich auf 500 bis 600, worunter rund 80 Prozent Grippefälle. Zwar ist bis jetzt der Verlauf der Krankheit im allgemeinen nicht bösartig.

Entziehung von Führerscheinen. Ein wirksames Mittel gegen die Auswüchse im Kraftfahrwesen ist die Entziehung der Führerscheine. Der Bezirksrat macht in dieser Hinsicht von seinem Recht immer mehr Gebrauch. So wurde im vergangenen Jahre in 80 Fällen der Führerschein teils auf die Dauer, teils für bestimmte Zeit entzogen. In seiner letzten Sitzung hatte sich der Bezirksrat wieder mit fünf Fällen zu befassen und entzog die Führerscheine in vier Fällen wegen Betrunkenheit auf vier Monate bis zu einem Jahr, in einem Falle gegenüber einem Jugendlichen auf vier Jahre.

Aichschieß OA. Eßlingen, 21. Jan. (Rodelunfall.) Als am Montag zwei junge Burschen auf einem Rodelschlitten den Berg hinabfuhren, fuhren sie auf einen Baum auf. Der eine erlitt einen Oberschenkelbruch, der andere außer einer Gehirnerschütterung Verletzungen an den Händen.

Seitingen OA. Tuttlingen, 21. Jan. (Einbruch im Rathaus.) Nachts wurde in das hiesige Schul- und Rathaus eingebrochen. Die Einbrecher haben sämtliche Türen aufgebrochen. Auch an dem Kassenschrank der Darlehenskasse machten sie einen Versuch, jedoch ohne Erfolg. Ohne etwas zu erbeuten, mußten die Diebe, denen man auf der Spur ist, wieder abziehen.

Schwenningen, 21. Jan. (Zusammenschluß der Uhrenindustrie.) Wie der Neckarquelle mitgeteilt wird, scheint diesmal der Zusammenschluß der Schwenninger und Schramberger Gruppen bevorzustehen. Die jüngsten Bestrebungen in dieser Richtung dauern nun bald fünf Jahre. Der Zusammenschluß betrifft die Firmen Junghans, Kienzle, Hamburger-Amerikanische, Mauthe, Freiburg und Haller.

Aus Baden

Rippoldsau, 21. Januar. (Gestohlener Fuchs.) Ein lustiges Waidmannsstückchen trug sich dieser Tage hier zu. Ein Jäger, der einen Fuchs in der Falle gefangen hatte, legte denselben an einen Weg, um ihn später mit nach Hause zu nehmen. Aber o weh, als der Jäger den Fuchs holen wollte, war er spurlos verschwunden. In der Zwischenzeit kamen zwei Handwerksburschen, sahen den Fuchs und hießen ihn einfach mitgehen. Da aber die Spuren deutlich den Weg zeigten, den die Zwei gegangen, so konnten dieselben auf Bergeshöhe wieder eingeholt und ihnen die Beute abgenommen werden. Der eine, der die Tat begangen, wurde dem Gericht zugeführt.

Freiburg i. Br., 20. Januar. (Der Komponist des „Schwarzwaldmädels" 60 Jahre alt.) Leon Jessel wird heute am 22. Januar 60 Jahre alt. Durch seine Operette „Das Schwarzwaldmädel" hat er den Schwarzwald nicht nur in Deutschland, sondern auch in der ganzen Welt popularisiert.

Elzach, 20. Jan. (Der Brosihof bei Elzach niedergebrannt.) Der in der Frischnau gelegene Brosihof oberhalb der Pelzmühle wurde gestern nachmittag aus noch unbekannter Ursache ein Opfer der Flammen. Die Feuerwehr von Elzach und Unterprechtal bemühten sich vergeblich, das Feuer einzudämmen. Der Bauernhof, einer der ältesten der Gegend, brannte völlig nieder. Obwohl der Brandgeschädigte versichert ist, ist der Schaden sehr groß.

•

Mord und Selbstmord

Stuttgart, 21. Jan. In einem Hause der Forststraße hat der im vierten Stock in kinderloser Ehe lebende Kaufmann Sigel zunächst zwei Schüsse auf seine Frau und dann einen Schuß auf sich selbst abgegeben. Die Schüsse wurden gehört. Man drang deshalb in die Wohnung ein und fand den Mann tot, die Frau sterbend. Sie hatte einen Schuß in die Brust und einen Schuß in den Kopf erhalten. Letzterer wirkte alsbald tödlich. Der Mann hatte sich in die Schläfe geschossen und war sofort tot zusammengebrochen. Dem Vernehmen nach soll es zwischen dem Ehepaar, das wirtschaftliche Not nicht drückte, öfters Streitigkeiten gegeben haben und man nimmt an, daß die blutige Tat nach einem solchen Streit erfolgt ist.

•

Eine in der Ruhrstraße in **Cannstatt** wohnende Kriegerswitwe, die seit längerer Zeit an **Verfolgungswahn** litt und dieser Tage aufs neue darauf ärztlich untersucht werden sollte, öffnete am Dienstag sämtliche **Gashähne** ihrer Wohnung. Bis Hausbewohner auf das Geschehen aufmerksam wurden, war es für eine Rettung zu spät. Die Frau nahm auch ihren **zwölfjährigen Sohn** und ihren Hund mit aus dem Leben.

•

In der **Kornbergstraße** in Stuttgart erschoß sich mit der Pistole des Vaters ein 21 Jahre alter **Student**. Er war Erstcharzierter einer angesehenen Stuttgarter Studentenverbindung, ließ sich aber eine Verfehlung zuschulden kommen und wurde darauf abgesetzt. Zugleich hatte er eine von dem Verbindungsgericht ausgesprochene Strafe von 14 Tagen Stubenarrest zu verbüßen. Dies nahm sich der junge Mann offenbar so zu Herzen, daß er seinem Leben ein Ende machte.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Mord im Kino. In einem der größten Lichtspieltheater Neuköllns, dem Mercedespalast, wurde abends ein schweres Verbrechen verübt. Mehrere unbekannte Täter drangen in die Büroräume des Kinos ein, überfielen den zufällig noch anwesenden geschäftsführenden Direktor und streckten ihn durch mehrere Schüsse nieder. Es steht noch nicht fest, ob die Tat ein Raubmord oder ein Racheakt ist.

Die Pfälzische Möbelfabrik niedergebrannt. Aus noch unerklärter Ursache wurde die Pfälzische Möbelfabrik in Speyer durch Großfeuer teilweise zerstört. Ein kleiner Teil des Lagerbestandes konnte in Sicherheit gebracht werden. Die vorläufigen Schätzungen geben den Gesamtschaden mit etwa 300 000 RM an.

50 Klaviere verbrannt. Ein großes Schadenfeuer hat am Samstag in Straßburg auf dem Grüneberg einen Lagerschuppen mit Inhalt vernichtet. Unter anderem sind 50 Klaviere verbrannt. Der Schaden beträgt 200 000 Francs.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Handel und Verkehr

Getreide

Berliner Produktenbörse vom 21. Jan. Weizen märk. 257 bis 259, Roggen märk. 154—157, Gerste 199—213, Futtergerste 188 bis 194, Hafer märk. 138—145, Weizenmehl 29.50—36.75, Roggenmehl 23.60—26.60, Weizenkleie 10.40—10.60, Roggenkleie 9.10 bis 9.60, Speiseerbsen 22—24, Futtererbsen 19—21. Allgemeine Tendenz: fest.

Frachtpreise. Aalen: Weizen 13.90—14.20, Roggen 8.90 bis 9, Gerste 9.50—10, Hafer 7—8 M. — Heidenheim: Kernen 14.50—14.60, Weizen 12.80—13.20, Roggen 8.50, Hafer 6.60—6.80 M. — Kiedlingen: Braugerste 10.40—10.70, Hafer 7.80 M. — Urach: Dinkel 9.70—10.50, Gerste 10.80—11.20, Hafer 7.30 bis 7.60, Weizen 13—14, Roggen 11.50, Linsen 22, Erbsen 20 M.

Stuttgarter Häute- und Fellauktion vom 20. Jan. An der heutigen Häute und Fellauktion wurden für das württ. Auktionsgefälle folgende Preise erzielt: Kuhhäute 30—49 Pfd. 58—60 Pfg., 50—59 Pfd. 63—67 Pfg., 60—79 Pfd. 65—69,5 Pfg., 80—100 und mehr Pfd. 71—71,25 Pfg.; Ochsenhäute: 30—49 Pfd. 60 Pfg., 50 bis 59 Pfd. 68—71,5 Pfg., 60—79 Pfd. 69—71,5 Pfg., 80—99 Pfd. 62—65 Pfg.; Rinderhäute bis 29 Pfd. 70 Pfg., 50—59 Pfd. 74,5—77 Pfg., 60—79 Pfg. 79—75 Pfg., 80 und mehr Pfd. 69 Pfg.; Bullenhäute 30—49 Pfd. 56 Pfg., 50—59 Pfd. 60—62 Pfg., 60—79 Pfd. 55—57 Pfg., 80—99 Pfd. 46—50 Pfg., 100—119 Pfd. 41,5 Pfg.; Schuhhäute 50 Pfg., Kalbfelle bis 9 Pfd. 122 bis 132 Pfg., 9,1—15 Pfd. 100—105 Pfg., 15,1—20,1 und mehr Pfd. 76 Pfg., Schuhkalbfelle 73 Pfg., Freßerfelle 68,25 Pfg., Schuhfresser 36 Pfg., Schaffelle vollwollig 35 Pfg., halbwollig 34 Pfg., Blößen 31 Pfg., Lammfelle 30 Pfg., Schuf 20 Pfg. Tendenz: Sowohl Kalbfelle wie Großviehhäute erlitten ganz erhebliche Abschläge. Nächste Auktion 17. Februar.

Allgäuer Butter- und Käsebörse Kempten vom 21. Jan. Molkereibutter 113—119, Verlauf: ruhig, Qualitätszuschlag nach Statistik der Vorwoche 9 Pfennig; Weichkäse 20 Prozent Fettgehalt (grüne Ware) 24—27, Verlauf normal; Allgäuer Emmentaler 45 Prozent Fettgehalt 95—102 1. Sorte, 85—90 2. Sorte, 80 bis 82 3. Sorte. Verlauf: normal. Die Preise sind Erzeuger-Verkaufspreise ab Station des Erzeugers ohne Verpackung für 1 Pfund.

Konkurse

Ernst Faißt, Schmied und Inhaber eines Schirmgeschäfts in Baiersbronn-Murgbrücke.

Gestorben

Baiersbronn (Stöck): Chr. Wahr, Landwirt, 74 J. a.

Rundfunk

Freitag, 23. Jan.: 6.15 Uhr Morgengymnastik, von 10 bis 13.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 16.30 Uhr Konzert, 18 Uhr Zeit, Wetter- und Schneebericht, Landwirtschaft, 18.15 Uhr Vortrag: Karl Simrock und das Elsaß, 18.45 Uhr Aerztevortrag: Ueber Pilzvergiftungen und zweckmäßige Vorsichtsmaßnahmen, 19.10 Uhr Zeit, Uebersicht über die Hauptveranstaltungen der kommenden Woche in Esperanto, 19.15 Uhr Konzert, 20 Uhr Alte und neue Chormusik, 21 Uhr Renaissance, Barock, Rokoko 3. Abend, 22.30 Uhr Nachrichten, 22.50 Uhr Tanzmusik.

Buntes Allerlei

Ein feiner Mann

§ Papp hat einen neuen Sekretär. Aus Krakau. Er läßt sich von ihm einen Mahnbrief schreiben. Der Sekretär schreibt den Brief und bringt ihn dem Chef. „Um Gottes willen", ruft Papp, „wenn ich den Brief abschicke, werden wir wegen Beleidigung eingesperrt. Schreiben Sie den Brief noch einmal, aber nicht so grob!" Der Sekretär arbeitet den Brief um und bringt ihn dem Chef. „Aber ich bitt' Sie um alles in der Welt", ruft Papp, „ich will doch Geld haben und nicht die Kundschaft verlieren. Der Brief ist noch immer zu grob." Der Sekretär schreibt den Brief zum dritten Male. Jetzt ist Papp zufrieden. „Ja, jetzt ist er gut. Nur zwei Fehler sind noch drin, Gauner schreibt man groß und Betrüger mit weichem B."

Ein großer Redner

§ Eine lustige Geschichte ereignete sich in einem Hunsrückdorfe. Der Bürgermeister des betreffenden Ortes, dessen Name mit X angegeben werden mag, hatte bei irgend einem feierlichen Anlaß eine Rede an zahlreiche, auch auswärtige Besucher zu halten. Schon Tage vorher hatte der Gute die vom Herrn Lehrer aufgesetzte Rede einstudiert und konnte sie schließlich auch am Vorabend des Ereignisses in trautem Familienkreise geläufig aufsagen. Es schien alles aufs beste zu klappen. Aber mit des Geschickes Mächten ... Der große Augenblick kam und mit ihm des braven Bürgermeisters Mißgeschick. Er hatte seine Rede gründlich vergessen. Was tat er? „Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen. Und was ich sonst noch sagen wollte ... Sie können das ja morgen in der Zeitung lesen!" — Sagte dies und verschwand hinter dem Vorstandstisch.

Letzte Nachrichten

Das Reichskabinett berät das Osthilfegesetz

Berlin, 21. Januar. Das Reichskabinett beschäftigte sich heute nachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit des preußischen Finanzministers und des Generaldirektors der Reichsbahn mit den Vorbereitungen des Entwurfes eines Gesetzes über die Osthilfe. Die Beratungen werden fortgesetzt.

Grenzüberschreitung bei Rybnik

Oppeln, 21. Januar. Zu Blättermeldungen, wonach in der Nähe von Rybnik eine an der Grenze liegende polnische Infanterieabteilung die Grenze überschritten hat, erfahren wir von zuständiger Stelle, daß die Grenzüberschreitung tatsächlich stattgefunden hat, daß aber die Truppe, als sie von einem deutschen Zollbeamten darauf aufmerksam gemacht wurde, daß sie sich auf deutschem Territorium befinde, sich sofort auf polnisches Territorium zurückbegeben hat.

Wieder ein Raubüberfall in Berlin

Berlin, 21. Januar. Die Raubüberfälle in Berlin folgen sich in letzter Zeit in erschreckender Weise. Heute abend gegen 7 Uhr drangen zwei junge Burschen, die mit Pistolen bewaffnet waren, in das Buttergeschäft Hoffmann in der Salzburgerstraße 18, Ecke Wartburgstraße ein, hielten die mit dem Tagesabschluß beschäftigten drei Verkäuferinnen mit ihren Waffen in Schach und raubten die gesamte Tageskasse von 200 Mark. Die Täter konnten mit ihrer Beute unerkannt das Weite suchen.

Parlamentarische Schlappe der Regierung Macdonald

London, 21. Januar. Im Unterhause blieb heute die Regierung bei der Abstimmung über einen Nachtrag zum Schulgesetz mit 33 Stimmen in der Minderheit. Ministerpräsident Macdonald gab hierauf bekannt, daß das Kabinett der Angelegenheit keine entscheidende Bedeutung beimesse.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lauk.

Hausfrauen-Verein Altensteig.

Freitag, den 23. Januar, abends 8 Uhr im „Sternen"

Aerztevortrag:

„Was die Hausfrau über angebliche Gifte, giftfreie Heilweisen u. sogenannte Ernährungsreformen wissen muß".

Gemeinde Ettmannsweiler.

Langholz-Verkauf.

Am Samstag, den 24. Januar 1931, nachmitt. 2 Uhr kommen auf dem Rathaus

2 Lose Forchen

im Submissionsweg zum Verkauf:

Los I aus Winterhalde
1,82 II., 19,98 III., 10,95 IV., 5,64 V., Sägholz 0,62 IV., zusammen 39,04 Fstm.

Los II Stechmod
36,69 III., 32,12 IV., 17,54 V., Sägholz 0,90 I., 7,05 III., 4,41 IV., 1,30 V., zusammen 100,01 Fstm.

Angebote wollen bis oben genannte Zeit beim Bürgermeisteramt eingereicht werden.

Gemeinderat.

Stadtgemeinde Nagold.

Zu dem am nächsten Montag, den 26. Januar 1931 hier stattfindenden

Vieh-, Schweine- und Fruchtmarkt

ergeht Einladung.

Nagold, den 21. Januar 1931. Bürgermeisteramt.

Unübertroffen

in ihrer Wirkung sind

Petrys Kräuternähr- und Kräftigungsmittel

Kräuterkraft Nr. 1. Gegen alle Magen- und Darmleiden, Stuhlverstopfung p. Fl. 2.50.

Kräuterkraft Nr. 2. Gegen alle Nerven- und Herzleiden Krämpfe p. Fl. 2.50.

Ein Versuch überzeugt Sie von der verblüffenden Wirkung.

Vers. Fritz Petry, Pforzheim-Dillstein, Hirsauerstr. 144

Chr. Krauss hat Inventur-Ausverkauf

ab Freitag den 23. Januar

Sie können sehr, sehr billig einkaufen.

Besuchen Sie mich bitte!

Altensteig

Heute frisch eingetroffen:

Als besonders billig:

Schellfische mittel	1 Pfd.	25 ₰
Schellfische große	1 Pfd.	35 ₰
Fischfilet Cabliau	1 Pfd.	50 ₰
Fischfilet Goldbarsch	1 Pfd.	60 ₰
Bücklinge kleine	1 Pfd.	45 ₰

bei

Chr. Burghard jr.

Für Jedermann verständliche Buchführung erlernen Sie in dem in nächster Zeit hier stattfindenden

Steuer- und Buchführungs-Kurs

Falls nicht zufrieden, Geld zurück.

Anmeldung an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Kursgeld 12.— Mark.

Ställe, Geräte, Brutapparate, beste Legekörbe, Futtertöpfe, Tränken, Kunstgras u. Anleitung frei. Geflügelhof in Mergentheim E 2.

Ausgewählte Wäsche in 100 Schnittformen auf großem, doppelseitig. Schnittbogen in Zweifarbendruck auf 16 Seiten:

Beyer's Wäsche-Führer 1931

1,80 RM

Ueberall erhältlich

Verlag Otto Beyer Leipzig-T.

Zu beziehen durch die W. Rieker'sche Buchhandlung, Altensteig.

LUGER

Billige Seefische!

Heute eingetroffen:

Schellfisch o. Kopf Pfund nur 29 ₰

Fett-Bücklinge Pfund 35 ₰

schöner, blütenweißer Blumenkohl Kopf von 30 ₰ an

Kopfsalat

Spinat

Endivien

süße, saftige Orangen 3 Pfd. 58 ₰

goldgelbe Bananen Pfund 48 ₰

Altensteig

Suche zu baldmöglichstem Eintritt ein im Kochen bewandertes

Mädchen

Frau R. Schiler.

Briefhüllen

mit Aufdruck

liefert rasch und billigst die

W. Rieker'sche Buchdruckerei Altensteig

Habe einen

Zuchtfarren

15 Monate alt, sowie einen

fünfjährigen **Fuchs-Wallachen** (Einspänner)

zu verkaufen

Friedrich Volz, Martinsmoos

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw